

### **Fachtagung „Professioneller Kinderschutz oder (eher) Selbstschutz? Hinweise und Empfehlungen der Praxis der öffentlichen und freien Jugendhilfeträger zum ‚8a-Verfahren‘“ am 24. November 2015 in Hannover**

Was braucht Gesellschaft für einen professionellen Kinderschutz und was bedeutet das für die Profession Soziale Arbeit und die fachliche Kompetenz? Diese Fragestellung wird auf der Fachtagung des AFET „Professioneller Kinderschutz oder (eher) Selbstschutz? Hinweise und Empfehlungen der Praxis der öffentlichen und freien Jugendhilfeträger zum ‚8a-Verfahren‘“, die am 24. November 2015 in Hannover stattfindet, diskutiert. Das Bundeskinderschutzgesetz macht seit 2012 zum „8a-Verfahren“ neue Vorgaben: Es betont u.a. die gemeinsame Verantwortung für den Schutz des Kindes als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, regelt neu den Schutzauftrag und konkretisiert die Arbeit der insoweit erfahrenen Fachkraft. Auf der Fachtagung bietet sich die Möglichkeit eines Austausches und der Reflexion darüber, welche Veränderungen die Arbeitsfelder infolge der Neustrukturierung des § 8a SGB VIII registrieren und wie die Jugendämter mit den freien Trägern den Schutzauftrag im Rahmen einer qualitativen Weiterentwicklung wahrnehmen und gemeinsam realisieren. Weitere Informationen zu dieser Tagung finden Sie [hier](#).

\*\*\*\*\*

### **39. Tübinger Sozialpädagogiktag zum Thema „Flucht – Herausforderungen für die Soziale Arbeit“ am 27./28. November 2015**

Das Thema Flucht und Umgang mit Geflüchteten berührt stets grundsätzliche Fragestellungen der Sozialen Arbeit: Menschen mit traumatisierenden Erfahrungen benötigen konkrete Hilfen, minderjährige Flüchtlinge müssen in Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie in Kitas, Schulen und Hochschulen aufgenommen werden, Stigmatisierungen und Diskriminierungen muss mit Nachdruck reflektiert begegnet werden. Neue Anforderungen in unterschiedlichen Handlungsfeldern werden zum Teil bereits erbracht, zum Teil müssen organisations- und personenbezogene Handlungskonzepte und -kompetenzen erst noch entwickelt werden. Auf dem 39. Tübinger Sozialpädagogiktag des Instituts für Erziehungswissenschaft der Universität Tübingen, der am 27./28. November 2015 stattfindet, werden diesbezüglich für die Praxis relevante Fragen und Aufgaben diskutiert und praxisrelevante Perspektiven entwickelt. Worin bestehen die Herausforderungen von Erziehungshilfen, Beratungsstellen, Jugend- und Schulsozialarbeit im Hinblick auf die Arbeit mit Geflüchteten? Wie wird mit Rechtskonflikten und der Spannung zwischen divergenten Rechtslagen und fachlichen Standards einer sozialpädagogischen Unterstützung umgegangen? Wie können Kooperationen zwischen Professionellen und Ehrenamtlichen, aber auch mit Flüchtlings- und Migranten-selbstorganisationen sinnvoll ausgestaltet werden? Und was heißt in diesem Kontext Inklusion? [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zu der Veranstaltung.

\*\*\*\*\*

## **Weiterdenken in der Pflegekinderhilfe – Broschüre von Praktiker\_innen für Praktiker\_innen**

Die Broschüre „Weiterdenken in der Pflegekinderhilfe“ ist erstellt worden von der Expertengruppe Pflegekinderhilfe, die 2012 vom DIJuF ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen der Expert\_innengruppe, die aus erfahrenen Praktiker\_innen besteht, wurden zentrale Themen in der Arbeit der Pflegekinderdienste identifiziert und fachpolitische Kernaussagen erarbeitet. Dargestellt und erläutert werden in der Broschüre in insgesamt 15 Texten neben einer Einführung in die Fragestellungen typische Schwierigkeiten, denen Fachkräfte in der Pflegekinderhilfe gegenüberstehen, die notwendige Grundlage für professionelles Arbeiten sowie Anregungen und Vorstellungen zur Gestaltung und Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe. Die Broschüre kann beim DIJuF zum Selbstkostenpreis [bestellt werden](#).

\*\*\*\*\*

## **Hilfen aus einer Hand – auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen: Appell für eine inklusive Lösung kann ab sofort online unterzeichnet werden**

Momentan erhalten Kinder und Jugendliche ohne oder mit (drohender) seelischer Behinderung Leistungen nach der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), Kinder und Jugendliche mit körperlicher oder sog. geistiger Behinderung Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe (SGB XII). Über 130 Erstunterzeichner\_innen aus der Politik, der Verwaltung, der Wissenschaft, der Praxis und den Verbänden haben einen Appell bzw. eine Petition gestartet, in der eine Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe gefordert wird. Behinderte Kinder seien in erster Linie Kinder und müssten daher wie alle anderen Kinder und Jugendlichen die Hilfen, die sie zur gleichberechtigten Teilhabe und zur Inklusion benötigten, aus einer Hand und von einem Kostenträger erhalten, nämlich der Kinder- und Jugendhilfe, so die Unterzeichner\_innen. Denn Kinder und Jugendliche können nur im Kontext ihrer Familien und ihres sozialen Umfeldes betrachtet werden, behinderungsbedingte und erziehungsbedingte Bedarfe seien oftmals schwer zu unterscheiden. Bei Kindern und Jugendlichen mit Mehrfachbehinderung sei die Klärung des zuständigen Leistungssystems besonders schwierig und die inklusive Bildung und Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertageseinrichtungen, Schulen oder in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit werde durch strukturelle Barrieren erschwert.

Der [online veröffentlichte Appell](#) richtet sich an die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Manuela Schwesig, an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles und an die zuständigen Minister\_innen und Senator\_innen in den einzelnen Bundesländern. Die dazugehörige [Online-Petition](#) kann ab sofort unterzeichnet werden.

\*\*\*\*\*

## **Neuer Gesetzesentwurf zur Verschärfung der Flüchtlingspolitik wirkt Willkommenskultur und Integration entgegen**

Ein aktueller [Gesetzesentwurf](#) zur Verschärfung der Flüchtlingspolitik, das sogenannte Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, enthält massive Verschärfungen u.a. des Asylverfahrens- und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Enthalten sind diverse Restriktionen und Sanktionsmöglichkeiten für bestimmte Gruppen von Geflüchteten. So soll Personen mit einem Duldungsstatus ein Schulbesuch verboten werden, der über die allgemeine Schulpflicht hinausgeht, wenn diese aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland stammen oder wenn ihnen vorgeworfen wird, ihrer Mitwirkungspflicht bzgl. der Herbeiführung von Papieren, die für eine Abschiebung notwendig sind, nicht ausreichend nachzukommen. Weiterhin würden Familien

aus „sicheren Herkunftsstaaten“ mit Sachleistungen, Residenzpflicht, Arbeitsverboten, Aufenthaltverboten und einem dauerhaften Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende konfrontiert. Massive Leistungskürzungen sind außerdem für Flüchtlingskinder vorgesehen, deren Eltern in einem anderen EU-Land eine aufenthaltsrechtliche Anerkennung besitzen – Leistungen, die ihnen zustehen, sollen sich lediglich auf Unterkunft und Verpflegung beschränken. Scharfe Kritik an dem Gesetzesvorhaben formulieren unter anderem der [Paritätische Gesamtverband](#), der [Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge \(B-UMF\)](#) und [Pro Asyl](#). Das Gesetzespaket konterkariere die erheblichen Bemühungen, junge Flüchtlinge in Deutschland zu integrieren und widerspreche der Absicht, eine Willkommenskultur zu etablieren, so der B-UMF.

\*\*\*\*\*

### **KJHRV-Projekt „Löweneltern“: Väter und Mütter mit Erfahrungen in Hilfen zur Erziehung zum Erfahrungsaustausch gesucht**

Eltern sind für ihre Kinder wichtig, ob ihre Kinder bei ihnen leben oder nicht. Darum sollen Eltern in allen Schritten der Hilfeplanung einbezogen werden. Gleichzeitig kommt es immer wieder vor, dass die Kommunikation zwischen Jugendamt, Einrichtung und Eltern nicht gut funktioniert, und Väter und Mütter sich nicht ausreichend einbezogen fühlen.

Im Rahmen des Projektes „Löweneltern“ des Dresdner Kinder- und Jugendhilferechtsvereins (KJHRV) soll dies verändert werden, indem Eltern, die Erfahrungen in und mit Hilfen zur Erziehung haben, als Expert\_innen für das Thema Beteiligung ihre Erfahrungen mit anderen Eltern in Gesprächen, Diskussionen, Übungen und Freizeitangeboten austauschen. Auf dieser Grundlage soll eine Broschüre entstehen, die Hilfesuchende auf den Hilfeprozess vorbereitet. Darüber hinaus sollen erfahrene Eltern als peer-Berater\_innen ausgebildet werden, so dass sie andere Eltern hinsichtlich ihrer Rechte beraten können.

Dies geschieht an drei Seminar-Wochenenden im Herbst/Winter 2015/16, das erste findet vom 6. – 8. November in der Nähe von Dresden statt. Es werden noch Eltern gesucht, die sich vorstellen können, an den drei Seminaren teilzunehmen. Diese sind kostenlos und beinhalten eine Kinderbetreuung. Dem [Projektflyer](#) und der [Projekt-Website](#) können weitere Informationen entnommen werden.

\*\*\*\*\*

### **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: Appell zur Einhaltung der Standards der Kinder- und Jugendhilfe, Optionen für die Evaluation des neuen Gesetzes und Auswertung der Inobhutnahmen 2014**

Am 25.09.2015 fand die erste Lesung des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder- und Jugendlicher im Bundestag statt. Die IGfH hat während des Entwicklungsprozesses dieses Gesetzes immer wieder auf die Einhaltung der Rechte und der Mitbestimmung der betroffenen jungen Menschen gedrängt und sich damit gegen die Kernaussage des Gesetzes gestellt. Auf der [Homepage der IGfH](#) findet sich ein herunterladbarer Appell, mit dem Sie sich bei Ihren örtlichen und überörtlichen bekannten politischen Vertreter\_innen dafür einsetzen können, dass keine doppelten Standards für diese Gruppe dauerhaft etabliert werden, sondern dass momentan notwendige provisorische Unterbringungen an die Standards der Kinder- und Jugendhilfe herangeführt werden. Die Verbände AFET, BVkE/Caritas, EREV und B-UMF setzen sich in einem [gemeinsamen Brief](#) für eine gute Versorgung von umF im Rahmen der Jugendhilfe und - mit Blick auf die Beratungen zu dem Gesetz - für eine Gleichbehandlung aller Kinder und Jugendlicher ein.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAG FW) hat die Dokumentation eines Workshops „Optionen für die Evaluation des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher“ [online veröffentlicht](#). Hier geht es darum, die Situation und Entwicklungen der jungen Flüchtlinge vor dem Hintergrund von Verteilungspraxis und Angeboten sowie Kompetenzen am Ort der regulären Inobhutnahme anhand von aussagekräftigen Daten abzubilden und darüber hinaus beobachten zu können, ob sich Inobhutnahmen und Anschlusshilfen regional dauerhaft mit abgesenkten Standards abzeichnen.

Der Bundesfachverband UMF (B-UMF) hat eine Auswertung der [„Inobhutnahmen von unbegleiteten Minderjährigen im Jahr 2014“](#) veröffentlicht, deren Anstieg in den Debatten zum neuen Gesetz stets eine zentrale Rolle spielten. Dargestellt werden unter anderem die Anzahl der Inobhutnahmen von umF in den einzelnen Bundesländern und in Städten/Landkreisen mit vielen Inobhutnahmen, die Entwicklung der Zahlen von 2009 – 2014, die Alters- und Geschlechterverteilung der in Obhut genommenen jungen Flüchtlinge und die durchschnittliche Dauer der Inobhutnahmen sowie die Gewährung von Anschlusshilfen.

\*\*\*\*\*

### **Bündnis Kinder- und Jugendhilfe für Professionalität und Parteilichkeit: Aufruf zu bundesweitem Memorandum**

Das Bündnis Kinder- und Jugendhilfe für Professionalität und Parteilichkeit übt mit einem Aufruf zu einem bundesweiten Memorandum deutliche Kritik an den aktuellen Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe.

Seinerzeit wurde mit dem KJHG von 1990 entsprechend der politischen und fachlichen Kritik an der Kontroll- und Eingriffsorientierung des vorherigen Jugendwohlfahrtsgesetzes ein Angebote- und 'Leistungsgesetz' für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern geschaffen, das ausdrücklich auf Unterstützung und Hilfsangebote setzt. Auch wenn das SGB VIII an einigen Stellen reformbedürftig sei, wäre der humanistische und sozialpädagogische Geist des SGB VIII zu stärken, so die Autor\_innen. Momentan seien aber gegenteilige Entwicklungen festzustellen, die sich insbesondere in der zunehmenden Ökonomisierung und problematischen Arbeitsbedingungen zeigen. Das Bündnis fordert daher, das bestehende SGB VIII seinem Duktus entsprechend flächendeckend umzusetzen und die Jugendämter personell wie fachlich so auszustatten, dass dies möglich ist. Gefordert wird weiterhin eine Rückkehr zu Professionalität und Parteilichkeit entsprechend der Prinzipien des Artikel 1 des Grundgesetzes und der UN-Kinderrechtskonvention. Der vollständige Aufruf ist [online abrufbar](#). Weitere Informationen und die Möglichkeit, das Memorandum zu unterschreiben, finden Sie [hier](#).